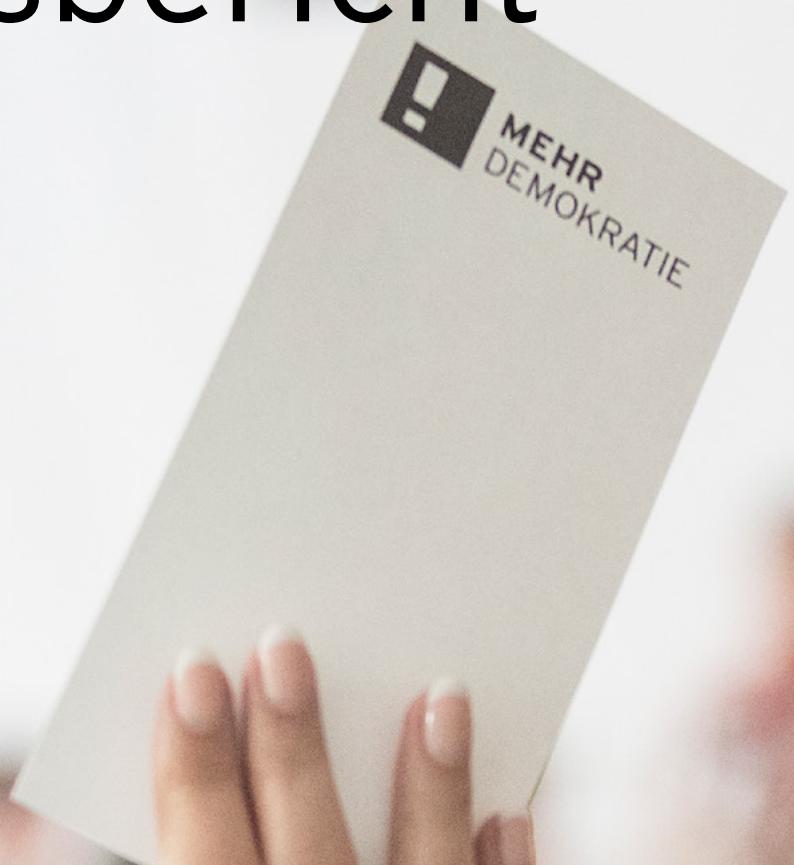


jahresbericht

2023



MEHR
DEMOKRATIE



MEHR
DEMOKRATIE

Impressum

Mehr Demokratie e.V.
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

info@mehr-demokratie.de
www.mehr-demokratie.de

Text und Redaktion: Marcus Meier (V.i.S.d.P.),
Schlussredaktion: Anja Schuller

Der Bericht wird nur in digitaler Form
veröffentlicht und nicht gedruckt.

Jahresbericht 2023

Liebe Leserin, lieber Leser,

2023 hat Mehr Demokratie seinen 35. Geburtstag gefeiert: Im Jahr 1988 entstand die Initiative Demokratie entwickeln (IDEE), aus der Mehr Demokratie hervorgehen sollte. Das Ziel: Den bundesweiten Volksentscheid durchsetzen und so die Demokratie erneuern. Eine Handvoll Leute, tief unten im Keller, kaum Geld: So beschreibt Mitgründer Gerald Häfner den Start. „Aber wir hatten eine Idee: Wir wollten die Republik verändern.“

Die Republik verändern: Ist uns das gelungen? Wir haben noch nicht alles erreicht, was wir uns vorgenommen haben. Für den bundesweiten Volksentscheid müssen wir noch immer kämpfen. Aber gerade 2023 konnten wir einige größere Erfolge feiern. Unser Highlight Nummer eins: Der Bundestag setzte den ersten gleichsam offiziellen bundesweiten Bürgerrat ein. Und wir durften ihn mitorganisieren. Damit wurde ein Wunsch wahr, für dessen Verwirklichung wir jahrelang gekämpft hatten.

In Schleswig-Holstein begannen wir 2023 einen Abwehrkampf: Wir wollen die alten Regeln für die direkte Demokratie in den Kommunen zurückerobern, an die Schwarz-Grün die Axt gelegt hatte. Dutzende Menschen sammelten in einem breiten Bündnis Unterschriften für die Volksinitiative „Rettet den Bürgerentscheid!“ - für uns das zweite große Highlight des vergangenen Jahres. Fast 28.000 Unterschriften haben wir gemeinsam gesammelt.

Highlight Nummer drei: unsere Verfassungsbeschwerde gegen das neue Bundestagswahlrecht. Die Fünf-Prozent-Hürde ist nach einer Ampel-Reform überhart, deswegen muss sie dringend auf den Prüfstand. Das Bundesverfassungsgericht hat die Beschwerde angenommen, die im Übrigen als Bürgerklage konzipiert ist: 4.242 Mitklägerinnen und Mitkläger, Bürgerinnen und Bürger wie Du und ich, ziehen mit uns vor Deutschlands höchstem Gericht.

Viel Action. Das spiegelte sich auch in der Berichterstattung wider: Spielten wir 2022 noch in 654 Artikeln, Reportagen, Fernseh-Berichten und Agenturmeldungen eine wichtige Rolle, waren es 2023 bereits 3.428. Eine satte Verfünffachung der medialen Resonanz - binnen eines Jahres! Last, not least veröffentlichten wir eine Menge Berichte, Stellungnahmen und Pressemitteilungen. Und ein Dutzend Mehr-Demokratie-Menschen steuerte Beiträge zum Buch „Mehr direkte Demokratie wagen“ bei, dem neuen Standardwerk.

Es bleibt weiterhin genug zu tun! Sind Sie dabei? Wenn Sie Unterstützerin oder Unterstützer sind, denken Sie doch bitte darüber nach, Mitglied zu werden. Wenn Sie Mitglied sind, werden Sie aktiv.

Es grüßen herzlich



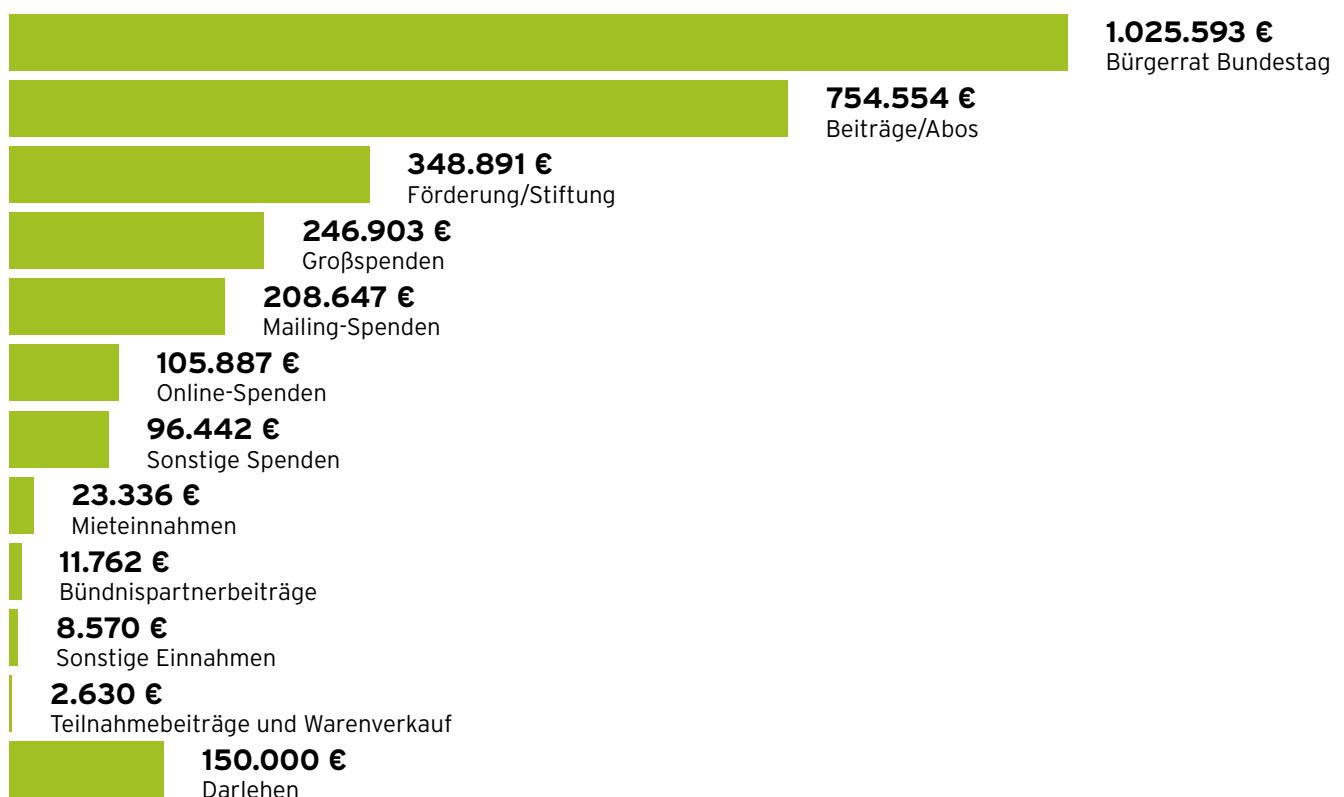
Alexander Trennheuser,
Bundesgeschäftsführer



Roman Huber,
Geschäftsführender Bundesvorstand

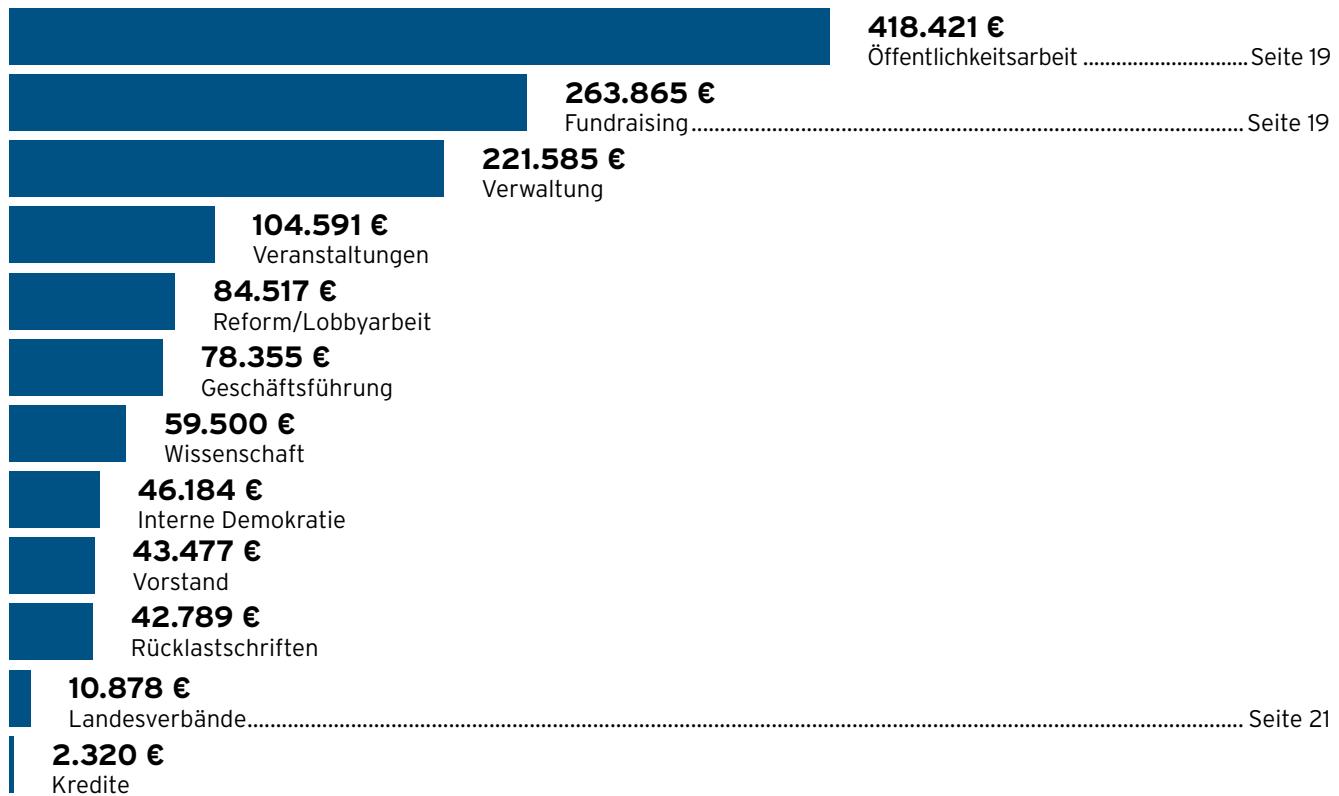
PS: Wenn Sie Fragen haben zu diesem Jahresbericht im Besonderen oder zu Mehr Demokratie im Allgemeinen, sprechen Sie uns gerne an.

Einnahmen 2023 nach Bereichen: 2.983.216 €

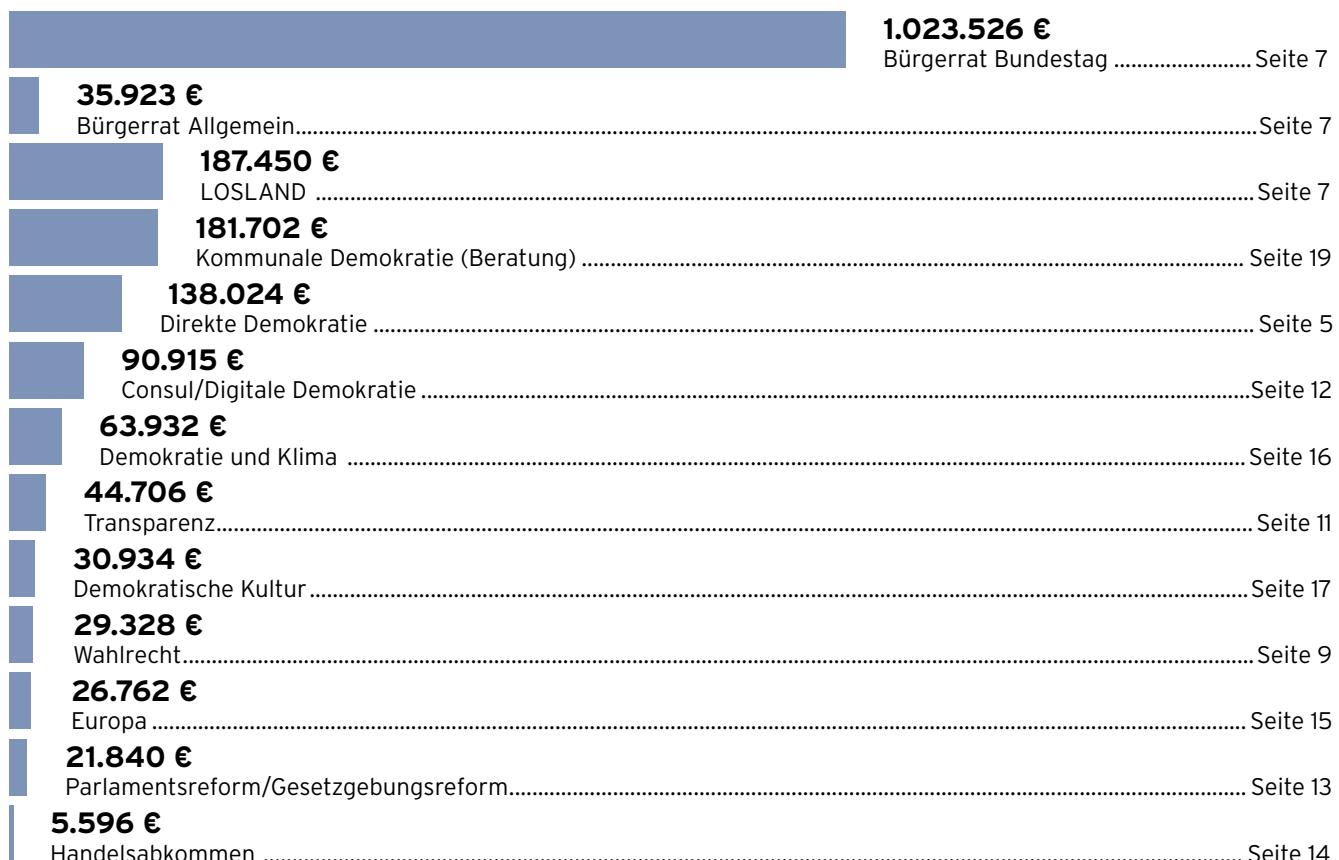


Ausgaben 2023 nach Bereichen: 3.257.119 €

Organisatorische Bereiche



Politische Bereiche



Direkte Demokratie

Ausgaben Direkte Demokratie

138.024 €



Zweckgebundene Zuwendungen für Direkte Demokratie

37.000 €

Nachlass Privatperson

Mehr Demokratie feierte im Jahr 2023 seinen 35. Geburtstag. Im Jahr 1988 entstand die Initiative Demokratie entwickeln (IDEE), aus der Mehr Demokratie hervorgehen sollte. Das Ziel: Den bundesweiten Volksentscheid durchsetzen! In den Jahren darauf entwickelte sich die direkte Demokratie in allen Bundesländern und in den Kommunen mal mehr, mal weniger prächtig. Nur auf Bundesebene warten wir vergeblich auf den Volksentscheid. Aber wir arbeiten weiter daran.

Abwehrkampf in Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein verteidigen wir die direkte Demokratie in den Kommunen mit den Mitteln der direkten Demokratie auf Landesebene: Dutzende Menschen sammelten im Sommer 2023 Unterschriften von Unterstützerinnen und Unterstützern für die Volksinitiative „Rettet den Bürgerentscheid!“. 27.595 Unterschriften übergaben wir dem Landtag. Hier kann es zu einem Kompromiss mit dem Landesparlament kommen. Ansonsten gehen wir in Stufe 2, in das Volksbegehren, wo wir 80.000 Unterschriften sammeln müssen, bevor es zu einem Volksentscheid kommt. Wir wollen im Wesentlichen die alten Regeln zurück erkämpfen. Breit ist das Bündnis und wir nehmen eine tragende Rolle darin ein. Es umfasst die Oppositionsparteien SPD, Linke und SSW, Umweltverbände wie den BUND und die Naturfreunde und viele lokale Initiativen gerade aus dem Bereich Umwelt- und Klimaschutz. Dabei hatten die CDU-Grüne Regierungsfraktionen doch argumentiert, der Demokratieabbau sei geeignet, den Klimaschutz zu beschleunigen. Das sehen viele fachkundige Menschen offensichtlich anders ...

Neues Standardwerk

Es handelt sich um das neue deutschsprachige Standardwerk zur direkten Demokratie: Ende 2023 erschien die vierte Auflage des Buchs „Mehr direkte Demokratie wagen“. Unter den Autorinnen und Autoren befinden sich über ein Dutzend Personen, die für Mehr Demokratie arbeiten oder Funktionen innehaben. Das Buch plädiert für die direkte Demokratie auf Bundesebene: Ergänzend zu parlamentarischen Prozessen sollten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, punktuell politische Fragen selbst zu beantworten. Die direkte Demokratie funktioniert in der Schweiz und vielen anderen europäischen und US-amerikanischen Staaten. Sie könnte auch auf Bundes- und Europa-Ebene gegen Politikverdrossenheit helfen und Lust auf mehr politisches Engagement machen. Das Buch klärt aber auch viele Fragen. Um nur drei davon zu nennen: Wie war das mit den Volksentscheiden der Nazis? Warum passen Bürgerräte und direkte Demokratie zusammen? Und wie schaut direkte Demokratie aus ökonomischer Sicht aus?

Direkte Demokratie stärkt Klimaschutz

Im März veröffentlichte Mehr Demokratie den aktuellen Bürgerbegehrensbericht, DEN Überblick zur direkten Demokratie in Deutschlands Kommunen. Neu daran war: Er enthielt diesmal Spezialauswertungen zu klimarelevanten Bürgerbegehren. Ist die direkte Demokratie in den Kommunen eher ein Motor oder eine Bremse für den Klimaschutz? In rund 63 Prozent aller Fälle im Untersuchungszeitraum 2013 bis 2022 sollten Bürgerbegehren den Klimaschutz beschleunigen. Tendenz: Zuletzt steigend - auf 76 Prozent. Gut jedes achte Bürgerbegehr hatte einen Bezug zu Klimaschutz. Anders formuliert: Die direkte Demokratie ist ein Treiber des Klimaschutzes, der Klimaschutz ist ein Treiber der direkten Demokratie. Einige weitere Erkenntnisse des Be-

richts: Bis Ende 2022 gab es insgesamt 7.448 Bürgerbegehren in Deutschland, die in 4.503 Fällen zu einem Bürgerentscheid führten. Von diesen Bürgerentscheiden waren 52 Prozent erfolgreich im Sinne der Initiatorinnen und Initiatoren. Die direkt-demokratische Musik spielt vor allem im Süden: Über 51 Prozent der Verfahren fanden in Bayern und Baden-Württemberg statt.

Verfassungsreform Sachsen und Thüringen

In Sachsen und Thüringen kämpften wir darum, die direkte Demokratie in den anstehenden Verfassungsreformen zu stärken. Wir verfassten Aufrufe, wir brachten unsere Argumente in parlamentarischen Anhörungen ein.

„Bitter nötig“-Kampagne

„Wir fordern den Bundestag auf, Volksabstimmungen auf Bundesebene einzuführen“: Das ist der zentrale Satz unserer Kampagne „Bitter nötig: der bundesweite Volksentscheid!“. Fast 20.000 Unterschriften haben wir gesammelt.



Foto: Thomas Eisenkraetzer

Bürgerräte

Ausgaben Bürgerräte

1.023.526 €

Bürgerrat Bundestag

35.923 €

Bürgerrat Allgemein

187.450 €

LOSLAND



Zweckgebundene

Zuwendungen für Bürgerrat

1.025.593 €

Bundestag

Zweckgebundene

Zuwendungen für LOSLAND

146.401 €

Bundeszentrale für politische
Bildung

Erster bundesweiter Bürgerrat

Da haben wir etwas losgetreten: Der losbasierte Bürgerrat erobert die Republik! Mancher spricht schon von einer „*deliberative wave*“, einer Welle der Bürgerbeteiligung. Und die Welle erfasste 2023 nicht mehr nur Deutschlands Kommunen und Bundesländer, sondern auch die Bundesrepublik als solche: Erstmals setzt der deutsche Bundestag einen offiziellen losbasierten Bürgerrat auf Bundesebene ein. 160 zufällig ausgeloste, gleichwohl die Bevölkerung in Gänze repräsentativ widerspiegelnde Bürgerinnen und Bürger berieten zum Thema „Ernährung im Wandel“. Wie sollte der Staat handeln bei Themen wie Tierwohlstandards, Lebensmittelverschwendungen und Zucker? „Wir wollen wissen: Was brennt den Leuten beim Thema Ernährung wirklich unter den Nägeln?“, sagte Bundestags-Präsidentin Bärbel Bas vor dem ersten Meeting des neuen Gremiums. Für einige überraschend, rückte der Bürgerrat auch soziale Themen ins Zentrum seiner Diskussionen. In seinem Anfang 2024 vorgelegten Bürgergutachten fordert der Bürgerrat insbesondere ein kostenloses Schulessen für alle Schulkinder. Mehr Demokratie durfte den Bürgerrat im Auftrag des Bundestages mitorganisieren. So waren wir im Bereich Öffentlichkeitsarbeit aktiv.

Wir ebneten den Weg

Doch ein gutes Stück weit haben wir diesem Bürgerrat auch den Weg geebnet. Jahr lang hatte Mehr Demokratie für bundesweite Bürgerräte lobbyiert. Unser Vorbild: Irland, wo losbasierte Bürgerräte Empfehlungen zur Lösung zweier gesellschaftlicher Großkonflikte aussprachen, die dann per Volksentscheid von der Bevölkerung angenommen wurden. Wir organisierten mit Stiftungsgeldern zwei Bürgerräte von unten und berieten einen dritten. Die Themen „Klima“, „Demokratie“ und „Deutschlands Rolle in der Welt“. Das Format Bürgerrat war also bereits ein Stück weit erprobt und im Gespräch - dank Mehr Demokratie.

Wir veranstalteten im Vorfeld der letzten Bundestagswahl drei Dutzend Podiumsdiskussionen mit kandidierenden Politikerinnen und Politikern - und brachten so manchen Groschen ins Trudeln. Wir organisierten auf kommunaler Ebene Bürgerrats-basierte Beteiligungsprozesse, siehe dazu: LOSLAND. Dann war es soweit: Am 10. Mai 2023 fasste der Bundestag den Beschluss, zum ersten Mal einen offiziellen Bürgerrat einzusetzen. Es wird wohl nicht der letzte bleiben.

Aachen: Erster permanenter Bürgerrat

Auf Landesebene fanden sechs losbasierte Bürgerräte statt: Allesamt in Baden-Württemberg und unter dem Label „Bürgerforum“. In Aachen ging der allererste ständige kommunale Bürgerrat an den Start. Die Losversammlung hat, anders als andere Bürgerräte, eine rechtliche Grundlage und eine dauerhafte Organisationsstruktur. Der Bürgerrat wird besondere Themen von gesamtstädtischer Bedeutung beraten. Einwohnerinnen und Einwohner, aber auch Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker können Themen einbringen. Wir hatten die Initiative „Bürgerrat für Aachen“ vorab beraten.



Bürgergutachten

www.bundestag.de/resource/bl/ob/990580/155336448e845a9e129a04416b001036/buerger-gutachten_broschuere.pdf

Willkommen, Netzwerk Bürgerräte!

Auf unsere Fahne schreiben können wir uns die Gründung des Netzwerks Bürgerräte. Dabei handelt es sich um den losen Zusammenschluss insbesondere von Menschen, die sich für die stärkere Nutzung von Bürgerräten auf kommunaler Ebene engagieren. Ziel des Netzwerks ist ein ständiger Austausch über offene Fragen zu Bürgerräten, betreffend Themensuche, Losverfahren, Durchführung, Kosten und die Umsetzung von Bürgerrats-Empfehlungen.

Projekt LOSLAND

Im Mai 2023 endete - bis auf Weiteres! - das Projekt LOSLAND. Getragen von Mehr Demokratie und dem RIFS Potsdam, begleitete LOSLAND zehn deutsche Kommunen bei Beteiligungsprozessen. Das Thema: Wie können die Menschen vor Ort eine enkeltaugliche Zukunft gestalten? Dafür entwickelte LOSLAND mit den Kommunen passgenaue Beteiligungsprozesse. Diese sind inspiriert von Bürgerräten, dem Losverfahren und anderen Formen der Bürgerbeteiligung. Die Prozesse in den LOSLAND-Kommunen ermöglichen es Bürgerinnen und Bürgern, ihre Perspektiven, ihre Ideen und ihr Wissen über ihren Ort einzubringen. Die Ergebnisse wurden anschließend öffentlich vorgestellt und von der Lokalpolitik beraten.



Wahlrecht

Ausgaben Wahlrecht

29.328 €



Neues Bundestagswahlrecht: Verfassungsbeschwerde!

Im März 2023 beschlossen die Ampel-Fraktionen ein neues Bundestagswahlrecht. Wir befürworten, dass der XXL-Bundestag zukünftig Normalmaß haben wird, kritisieren aber die nunmehr harte Fünf-Prozent-Hürde. Zusammen mit 4.242 Klägerinnen und Klägern aus der Bevölkerung brachten wir Ende des Jahres 2023 eine Verfassungsbeschwerde auf den Weg. Der Grund: Die Fünf-Prozent-Hürde ist nun überhart und muss überprüft werden.

Beispiel: Die CSU gewinnt bei der nächsten Bundestagswahl erneut fast alle Direktmandate in Bayern. Sie sackt aber beim Zweitstimmenergebnis minimal ab. Statt 5,2 Prozent wie in 2021 holt sie nur noch 4,9 Prozent aller bundesweiten Zweitstimmen. Dann ist die bayerische Traditionspartei mit exakt null Abgeordneten im Bundestag vertreten. Denn so viel stehen ihr nach dem Zweitstimmen-Ergebnis zu. Bisher galt zudem die Grundmandatsklausel: Gewinnt eine Partei weniger als fünf Prozent der Stimmen, aber drei Wahlkreise, dann zieht sie in Höhe ihres Zweitstimmenergebnisses in den Bundestag ein. Davon profitierte 2021 die Linkspartei, die knapp unter fünf Prozent blieb, aber drei Wahlkreise errang. Künftig wird die LINKE so nicht mehr in den Bundestag einziehen. Denn auch die Grundmandatsklausel ist abgeschafft.

Stellen wir uns einen Bundestag vor ohne CSU und LINKE: Die Zahl der Stimmen, die unter den Tisch fallen, droht sich so zu verdoppeln: Von zuletzt vier auf nunmehr acht Millionen. Und von der Wahlrechtsreform der Regierung sind zwei Oppositionsparteien betroffen, die um ihre parlamentarische Existenz fürchten müssen. Die mediale Resonanz war hoch: Hunderte Tageszeitungen, TV und Radio berichteten. Die Unterschriften unserer vielen Mitklägerinnen und Mitkläger übergaben wir in 18 Aktenordnern dem Bundesverfassungsgericht. Auch diese Aktion war medienwirksam. Wir sind gespannt, wie das Bundesverfassungsgericht entscheiden wird.

Zweckgebundene Zuwendungen für Wahlrecht

20.000 €

GLS Treuhand



Wahlrechtsklage

www.wahlrechtsklage.de



Wahlrechtstagung

www.mehr-demokratie.de/mehr-bewegen/veranstaltungen/einzelansicht/wahlrechtstagung

Sperrklausel bei EU-Wahlen: Nicht mit uns!

Wir kämpften gegen die Wiedereinführung einer Sperrklausel bei EU-Wahlen an, die wir als undemokratisch und überflüssig ansehen. Vergeblich: Ampel und Union waren sich zu einig. Gemeinsam ratifizierten sie im Juni den EU-Direktwahlakt. Überflüssig ist die Sperrklausel, denn sie muss keine Zersplitterung des Parlaments verhindern: In aller Regel treten die Abgeordneten kleinerer Parteien einer der sieben Fraktionen des Europaparlaments bei. Also: kein Problem. Undemokratisch ist sie, weil mehrere der sieben deutschen Kleinparteien, die aktuell im europäischen Parlament vertreten sind, dies künftig nicht mehr sein werden. Bedeutet: Millionen weitere Stimmen fallen unter den Tisch. Ihre Sitze gehen an jene größeren Parteien, die das Gesetz absegneten. Das Bundesverfassungsgericht hatte zweimal einer Sperrklausel bei Europawahlen eine Abfuhr erteilt. Jetzt kommt sie durch die EU-Hintertür.

Wahlrechtstagung: Jede Stimme zählt!

Am 23. und 24. September 2023 organisierten wir die Wahlrechtstagung „Jede Stimme zählt“. Das Ziel: Herausfinden, wie wir unser Wahlrecht so gestalten können, dass in Zukunft wirklich jede Stimme demokratisches Gewicht hat. Das Treffen beschäftigte sich mit den Verschlechterungen bei EU- und Bundestagswahlen, aber

auch mit Alternativen wie der integrierten Stichwahl, die bei der Direktwahl von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern den zweiten Wahlgang (meist mit geringer Wahlbeteiligung) überflüssig macht. 90 Personen debattierten leidenschaftlich und lösungsorientiert miteinander.

Lobbying zum Wahlrecht

Mit Gesprächen und Briefen haben wir uns in die Debatte zum Bundeswahlrecht eingemischt. Durch die Abschaffung der Grundmandatsklausel drohen Repräsentationslücken. Wir wiesen darauf hin. Da die Ampel an ihren Plänen festhielt und die Reform durchzog, brachten wir eine Verfassungsbeschwerde auf den Weg (siehe Seite 14).



Transparenz

Ausgaben Transparenz

44.706 €



Bundestransparenzgesetz

www.transparenzgesetz.de

Bundestransparenzgesetz

2022 haben wir einen Entwurf für ein Bundestransparenzgesetz vorgelegt, im Bündnis mit FragDenStaat, Transparency International Deutschland, Netzwerk Recherche, der Deutschen Gesellschaft für Informationsfreiheit (DGIF), LobbyControl, abgeordnetenwatch, Wikimedia und dem deutschen Journalisten-Verband. Geschrieben haben wir ihn zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern.

Auch 2023 gab es viele Gespräche mit Politikerinnen und Politikern zum Vorhaben des Bundestransparenzgesetzes. Im Mai 2023 hat die Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Fachtagung zum Bundestransparenzgesetz durchgeführt. Wir haben zu diesem Anlass mit Bundestagsabgeordneten und Entscheidungsträgerinnen und -trägern des Bundesinnenministeriums gesprochen und waren auch auf dem Podium vertreten. Im Juni haben wir im Rahmen des „Digital Democracy Summit“ ein Online-Podium zum geplanten Transparenzgesetz organisiert, gemeinsam mit anderen Organisationen und der Vorsitzenden des Digitalausschusses im Bundestag.

Als Teil des zivilgesellschaftlichen Netzwerkes des Open Government Partnerships haben wir Anfang August den 4. Nationalen Aktionsplan (NAP) im Rahmen der Teilnahme Deutschlands an der Open Government Partnership (OGP) kommentiert. Das Transparenzgesetz auf Bundesebene ist dort als zentrale Maßnahme mit Zeitplan festgeschrieben, nach unserer Kommentierung wurde dieser noch einmal angepasst. Im September haben wir am siebten Symposium des Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit teilgenommen und uns geäußert, bei dem auch das Bundestransparenzgesetz zentrales Thema war.



Consul/Digitale Demokratie

Ausgaben Digitalisierung

90.915 €



Zweckgebundene Zuwendung für Consul

40.000 €

Robert-Bosch-Stiftung

Consul Democracy startet durch

2023 war ein weiteres erfolgreiches Jahr für die Nutzung und Verbreitung des Tools *Consul Democracy*. Nun nutzten etwa 40 Kommunen in Deutschland diese „unsere“ Beteiligungssoftware. Zu den neuen Nutzern gehören auch größere Städte wie München, Bochum und Trier.

Ein besonderes Highlight dieses Jahres waren die Bürgerbudgets in Jena und Amberg. In Jena haben etwa 1.500 Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren teilgenommen. Fünf Prozent der 16- bis 19-Jährigen haben sich beteiligt. In der mittelfränkischen Stadt Amberg (40.000 Einwohner) wurde ein neues Rekord-Budget von einer Million Euro zur Verfügung gestellt. Diese Initiativen zeigen eindrucksvoll, wie Consul zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und zur Verbesserung der kommunalen Entscheidungsfindung beitragen kann. Gerade Bürgerbudgets sind dafür eine gute Möglichkeit, dank ihrer klaren Abläufe und dem Konzept innewohnenden Verbindlichkeit. Und sie erfreuen sich deutschlandweit einer immer größeren Beliebtheit. So hat München ebenfalls 2023 ein Einwohnerbudget in Höhe von einer Million Euro beschlossen, das über Consul durchgeführt werden wird.

Wir freuen uns auch, Julia Thomaschki als neue Mitarbeiterin in Vollzeit begrüßen zu dürfen. Als Consul-Beraterin unterstützt und berät sie die deutschen Consul-Städte hinsichtlich der Qualität der Beteiligung, was unsere Kapazitäten deutlich erweitert.

Dank der erneuten Förderung durch die Robert Bosch Stiftung mit 40.000 Euro pro Jahr für die nächsten drei Jahre können wir unsere Aktivitäten weiterhin ausbauen, die Qualität der digitalen Beteiligung stärken und ein nachhaltiges Netzwerk aufbauen.

Digitale Demokratie

Im Bereich der digitalen Demokratie fand 2023 unser zweiter Digital Summit statt, dieses Mal mit einem Schwerpunkt auf künstlicher Intelligenz (KI) und deren Einfluss auf demokratische Prozesse. Über drei Abende hinweg diskutierten Abgeordnete aus dem Bundestag und dem EU-Parlament, Fachleute und Aktive über wichtige Themen wie die europäische Gesetzgebung (AI-Act), Transparenz und den Einsatz von KI als Hilfsmittel im politischen System.

Diese Veranstaltungsreihe bot eine Plattform für wichtige Diskussionen über die Herausforderungen und Chancen, die KI für unsere Gesellschaft und Demokratie darstellt. Sie unterstrich die Notwendigkeit, die technologische Entwicklung im Einklang mit demokratischen Werten zu gestalten.

Parlamentsreform/Gesetzgebungsreform

Ausgaben Gesetzgebungsreform

21.840 €



Forschungsprojekt zur Gesetzgebung

Auch die Reform des Lobbyregistergesetzes haben wir in politischen Gesprächen und Öffentlichkeitswirksam mit unseren Einschätzungen und Positionen begleitet. Zudem haben wir in einem umfangreichen Forschungsprojekt untersucht, wie viel Einfluss der Bundestag auf die Gesetzgebung nimmt. Die Ergebnisse dieses Projektes und deren Schlussfolgerung in Bezug auf die Transparenz politischer Entscheidungen werden in 2024 veröffentlicht.

Petitionsrecht wird verbessert

Wir haben sehr viele Gespräche mit Bundestagsabgeordneten geführt. So trugen wir dazu bei, dass die Ampel sich auf eine Stärkung des Petitionsrechts verständigte. Künftig sollen Petitionen schneller bearbeitet werden. Die Eintragungsfrist wird verlängert, das heißt, die Initiatorinnen und Initiatoren einer Petition können länger Unterschriften sammeln. Große Petitionen, also solche mit vielen Unterstützerinnen und Unterstützern, berät künftig das Plenum des Bundestags und nicht der Ausschuss. Die Geschäftsordnung des Bundestags soll bis zum Sommer 2024 entsprechend angepasst werden.

Zweckgebundene Zuwendung für Gesetzgebungsreform

54.232 €

Cocreation Foundation



Foto: Claudio Schwarz/Unsplash

Handelsabkommen

Ausgaben Handelsabkommen

5.596 €



CETA: Erneute Verfassungsbeschwerde

2023 war das Jahr, in dem Bundestag und Bundesrat das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen CETA ratifizierten. Wir finden: Die beiden Parlamentskammern hätten CETA nicht zustimmen dürfen. Denn CETA gefährdet die Rechte der Bürgerinnen und Bürger.

Zusammen mit Campact und Foodwatch brachten wir daher eine erneute Verfassungsbeschwerde auf den Weg, die sich gegen die Ratifizierung richtet. Im Fokus stehen zwei Elemente des Abkommens: Das Ausschuss-System und die Schiedsgerichtsbarkeit. Beide sind mächtige Akteure. Doch unsere Parlamente haben zu wenig Einfluss auf sie. Das entwertet auch unser Wahlrecht.

Wir setzen darauf, dass das Bundesverfassungsgericht Eckpunkte und Leitlinien in unserem Sinne festlegt.

Das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen CETA ist 2017 vorläufig in Kraft getreten. Mehr Demokratie hatte 2016 gemeinsam mit Foodwatch, Campact und rund 125.000 Menschen eine erste Verfassungsbeschwerde gegen das vorläufige Inkrafttreten von CETA eingelegt. Sie war teilweise erfolgreich: Das Bundesverfassungsgericht erließ 2016 Auflagen für die vorläufige Anwendung von CETA, erklärte das Abkommen aber für nicht verfassungswidrig. Vollständig in Kraft tritt CETA, wenn alle EU-Mitgliedsstaaten es ratifiziert haben.

Verfassungsbeschwerde

www.ceta-verfassungsbeschwerde.de



Europa

Ausgaben Europa**26.762 €****Odyssee zum permanenten Bürgerrat**

Nachdem auf der Konferenz zur Zukunft Europas im Jahr 2022 aus ganz Europa 800 Zufallsbürgerinnen und Bürger zusammenkamen, war der Wunsch groß, mehr Bürgerbeteiligung strukturell besser auf EU-Ebene zu verankern. Deswegen hat sich Mehr Demokratie mit anderen Demokratie-NGOs auf europäischer Ebene zusammengetan, um genau daran zu arbeiten. Im September 2023 startete das Projekt „The Democratic Odyssey“ („Die demokratische Odyssee“) in Griechenland, also am selben Ort, an dem vor 2000 Jahren die Athener ihre sehr bürgernahe Demokratie praktizierten.

Das Ziel: einen permanenten EU-Bürgerrat entwerfen, der auch mit anderen Beteiligungs-Instrumenten wie der Europäischen Bürgerinitiative verknüpft wird. Zusammen mit drei Partnerorganisationen, darunter das Democracy Forum des europäischen Hochschulinstituts in Florenz (EUI), hat Mehr Demokratie für dieses Projekt einen Zuschlag aus dem EU-Förderprogramm CERV erhalten. Im Jahr 2024 und 2025 wird es also eine Reihe von Online-Veranstaltungen und Live-Events geben, die darauf hinarbeiten, die Öffentlichkeit und die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger für eine konkrete Idee eines permanenten, bürgernahen europäischen Bürgerrats zu begeistern.



Foto: Alexander Garrido Delgado

Demokratie und Klima

Ausgaben Demokratie und Klima

63.932 €



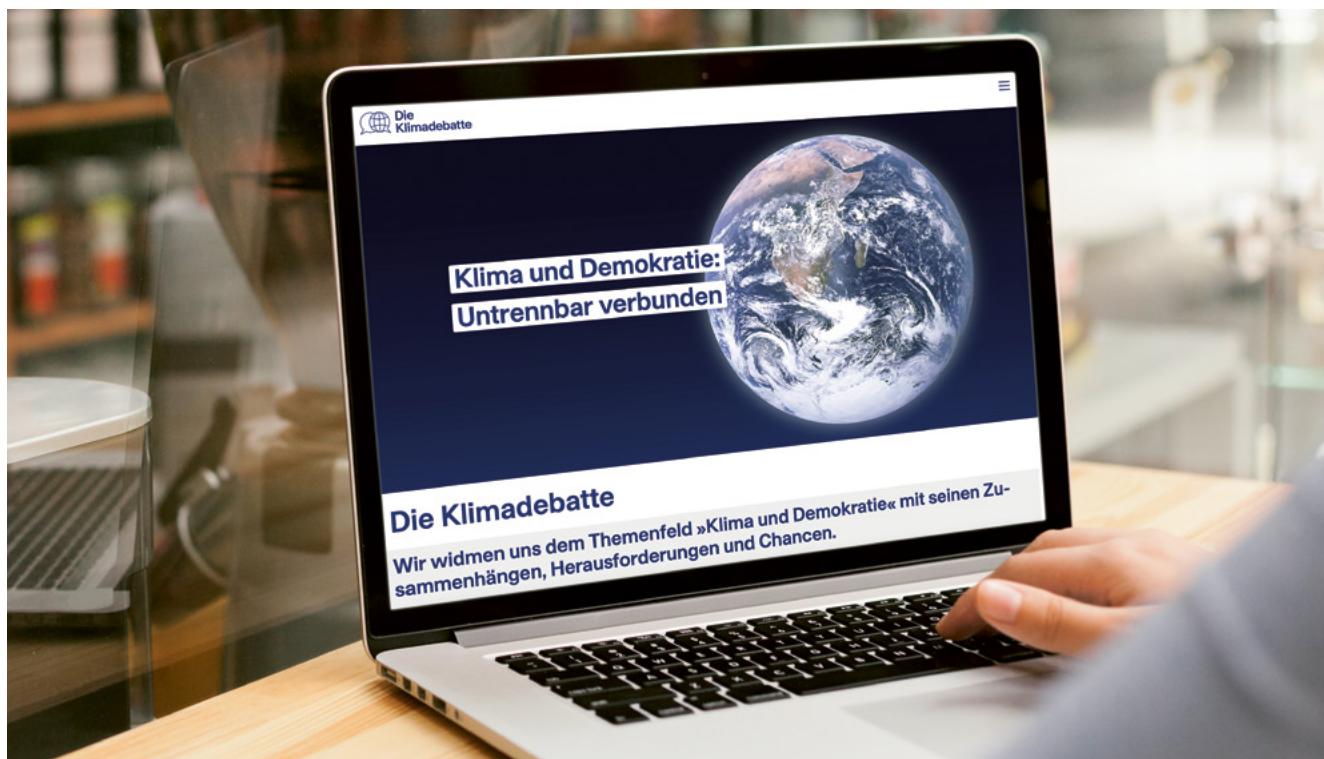
Klimaschutz (nur) durch gelebte Demokratie

Die hitzigen Debatten des letzten Jahres, zum Beispiel zum „Heizungsgesetz“, zeigen: Klimaschutz ist ein Thema, das die Gräben in unserer Gesellschaft vertiefen kann. Wir wollen, dass genau das Gegenteil passiert: Durch Beteiligung und Zusammenarbeit in den Kommunen können der Klimaschutz vorangebracht und gleichzeitig der Zusammenhalt und die Demokratie gestärkt werden.

Dazu beraten wir lokale Bürgerinitiativen, Verwaltungen oder Kommunalpolitikerinnen und -politiker, wie sie Bürgerinnen und Bürger beim Thema Klimaschutz optimal in Diskussionen, Entscheidungen und Umsetzung einbinden können. Hier können wir unter anderem auf eine umfassende Auswertung zurückgreifen, die wir 2023 angefertigt haben. Sie zeigt: Direkte Demokratie ist im Bereich Klimaschutz besser als ihr Ruf. Sie ist keine Bremse, sondern eher eine Beschleunigung für den Klimaschutz (siehe Seite 5).

Wir werden aber auch selbst aktiv und gestalten in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren Modellvorhaben. So lief 2023 ein Projekt an, in dem wir in Partnerkommunen Klima-Bürgerräte mit direkter Demokratie kombinieren wollen: Erst erarbeitet ein Bürgerrat Empfehlungen, dann beschließt der Stadtrat ein Ratsreferendum, also einen Bürgerentscheid über diese Empfehlungen. Schließlich stimmen die Bürgerinnen und Bürger über die Empfehlungen ab.

Nicht zuletzt ist uns wichtig, unsere Kernbotschaft in Artikeln, Vorträgen und in Netzwerken zu verbreiten: Demokratie braucht Klimaschutz – vor allem aber braucht Klimaschutz mehr Demokratie. Denn ein Wandel zur Nachhaltigkeit geht nur mit einer intensiven Beteiligung der Menschen.



Demokratische Kultur

Ausgaben Demokratische Kultur

30.934 €



Die Förderung der demokratischen Kultur ist wichtig, um demokratische Werte zu erfahren und auszubilden. Wer demokratische Werte kennt und erlebt, d. h. Demokratie erfahren hat und ein Gefühl für sie entwickelt hat, wird sie eher schützen und verteidigen. Ziel der Förderung der demokratischen Kultur ist die Verbesserung der Gesprächs- und Debattenkultur, um damit bessere im Sinne von demokratischere Politik zu erreichen. Im Jahr 2023 wurde der Bereich Demokratische Kultur weiter ausgebaut.

Buch: Die zerrissene Gesellschaft

Unsere Vorstände Claudine Nierth und Roman Huber haben ein Buch geschrieben. Der Titel: „Die zerrissene Gesellschaft. So überwinden wir Spaltung im neuen Krisenzeitalter.“ Das Buch ist keine Vereinspublikation, hat aber viele Berührungs نقاط zum Arbeitsbereich „Demokratische Kultur.“ Das Buch legt dar, wie sich kollektives Trauma auf die Demokratie auswirkt und Emotionen die Politik bestimmen. Aber es schlägt auch Lösungen vor, um den Krisen unserer Zeit begegnen zu können, mit Ansätzen, die wir bereits erprobt haben. Unter anderem griffen *brand eins*, *STERN*, *NDR*, *Deutschlandradio Kultur*, die *taz* und das 3SAT-Magazin „Kulturzeit“ Nierths und Hubers Thesen auf.

Zweckgebundene Zuwendung für Demokratische Kultur

25.000 €

Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“

Polarisierung überwinden - Kommunale Resilienz stärken

Das Projekt wurde durch eine Förderung des Bündnisses für Brandenburg ermöglicht und aufgesetzt. Wir haben viele Kontakte zu lokalen Akteuren in Brandenburg geknüpft, erste Dialogveranstaltungen vor Ort in mehreren Kommunen durchgeführt und ein Veranstaltungskonzept entwickelt, mit dem polarisierende Themen besprochen werden können und eine demokratische Verständigung wieder möglich wird. In 2024 sollen viele Veranstaltungen vor Ort folgen, um die demokratische Verständigung vor Ort zu stärken.

Demokratische Systemaufstellungen

Im Laufe des Jahres haben wir sechs Online-Aufstellungen und fünf Aufstellungen in Präsenz durchgeführt. Bei einer demokratischen Aufstellung handelt es sich um ein neu entwickeltes Workshop-Format, mit dem Beziehungen und Zusammenhänge zwischen verschiedenen Gruppen und Bestandteilen eines gesellschaftspolitischen The-

mas analysiert und erfahrbar gemacht werden können. Die Themen deckten eine breite Spanne von Demokratiepolitik über Klassismus (= Diskriminierung auf Basis des sozialen Status) hin zu Ost-West-Deutschland ab. Das Verfahren konnte dadurch weiter verbessert werden und ist nun nach vier Jahren Entwicklung und Erprobung mit der finalen Bezeichnung „demokratische Aufstellung“ einsatzbereit. Es eignet sich dafür, komplexe gesellschaftspolitische Fragen zu analysieren, die eigene Rolle von Akteuren im politischen Feld besser zu verstehen und vor allem, um gewohnte Denkmuster zu durchbrechen und praxisnahe wie innovative Lösungen zu entwickeln.



Bildungswerk

Wir gründen ein Bildungswerk

Im Jahr 2023 hat Mehr Demokratie ein eigenes Bildungswerk auf den Weg gebracht. Es soll ein wichtiger Bestandteil der demokratischen Bildungslandschaft in Deutschland werden. Das Bildungswerk soll innovative, auf reale gesellschaftliche Herausforderungen wie Klimawandel und soziale Ungleichheit ausgerichtete Seminare anbieten. So wollen wir unsere umfangreiche Erfahrung in der Förderung demokratischer Prozesse und systematisch Wissen an Bürgerinnen und Bürger, Verwaltungen, die Zivilgesellschaft und die Politik weitergeben. Mit über 20.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in den letzten zwei Jahren bei Online-Veranstaltungen sieht Mehr Demokratie eine starke Grundlage für dieses Projekt. Nach der Gründung eines gemeinnützigen Unternehmens geht es jetzt darum, Konzepte für Seminare und Workshops zu entwickeln und Qualitätskriterien zu definieren.



Organisatorische Bereiche und Strukturelles

Ausgaben Beratung & Kommunale Demokratie

181.702 €



Starker Auftritt, gute Vernetzung

Mehr Demokratie ist in Medien, Politik und Zivilgesellschaft präsent und gut vernetzt. Dafür sorgen unsere Bereiche Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising, Lobbyarbeit, Veranstaltungen und Wissenschaft.

Medienresonanz verfünffacht

Was die Medienresonanz betrifft, so war 2023 ein äußerst erfolgreiches Jahr für Mehr Demokratie. Wir konnten die Zahl der Berichte in TV, Radio, Agenturen und Druckerzeugnissen plus der journalistischen Anfragen gegenüber dem Vorjahr verfünffachen: von 654 auf 3.428! Auf Platz drei der für die Medien interessantesten Mehr-Demokratie-Themen lag der Bürgerbegehrenbericht mit 248 Medienresonanzen. Platz zwei belegte die Wahlrechtsklage, die 372 Resonanzen generierte. Unangefochtener Spitzenreiter jedoch war das Thema „Bürgerrat ‚Ernährung im Wandel‘“: 2.668 mal berichtete eine Journalistin oder ein Journalist im Jahr 2023 darüber. Mehr Demokratie zeichnete sich für die Medienarbeit des Bürgerrats verantwortlich. Der Bürgerrat war zudem eines der wichtigsten Ziele unserer Lobbyarbeit.

Internetseite verschönert und verbessert

2023 schlossen wir den Relaunch unserer Internetseite www.mehr-demokratie.de erfolgreich ab. Auf den ersten Blick ist sie nun vor allem schöner und übersichtlicher. Das Herzstück ist jedoch eine Suchfunktion: Mit wenigen Klicks können Sie sich aus dem in über 35 Jahren angesammelten Wissensfundus bedienen. Wohlan!

Zuwendungen für Kommunale Demokratie

50.000 €

Schöpflin-Stiftung

Umbau im Bereich Öffentlichkeitsarbeit

In 2023 haben wir den Umbau des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit vorbereitet. Die Bereichsleitung wird übergeben und die Bundespressearbeit ist aufgrund des parallel stattfindenden Bürgerrats erweitert worden. Neue Bereichsleiterin wird Aline Koeppen.

Mitgliedernachmitte

Der Verein bot drei Mitgliedernachmitte für Neumitglieder an. Sie waren gut besucht und überschritten, was die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer betrifft, die Schwelle zur Dreistelligkeit. Das Feedback war sehr gut, entsprechend wird das Format fortgesetzt.

Neuer Mitgliederbereich

Auch der Mitgliederbereich auf der Webseite wurde runderneuert. War er bisher eher ein Archiv für Anträge und Protokolle, bündelt er nun alle Angebote für Mitglieder. Wie kann ich aktiv werden? Das erfahren Sie unter mitglieder.mehr-demokratie.de.

Fundraising

Schon im Vorjahr (2022) hatten wir eine neue Fundraisingstelle für den Bereich Stiftungen geschaffen. In 2023 hat unsere neue Mitarbeiterin richtig losgelegt und wichtige Förder-Zusagen erhalten. Außerdem sind wir in die EU-Förderungen eingestiegen. Damit ist zwar viel Arbeit verbunden, aber so wurde auch ein neues Kapitel für Mehr Demokratie aufgeschlagen.

Das Großspenden-Fundraising lief besser als erwartet, so konnten wir ausgleichen, dass wir im Bereich Beiträge und Kleinspenden weniger zulegen konnten als erhofft. Zum Jahresende freuten wir uns über einen starken Abschluss im Dezember. Wir sind außerdem dankbar für ein Vermächtnis eines verstorbenen langjährigen Mitglieds, das sich schon zu Lebzeiten entschieden hatte, unsere Arbeit nach seinem Tod zu unterstützen.

Pro Arbeitstag eine Beratung

Auch 2023 berieten wir wieder viele Personen und Initiativen, die Bürger- und Volksbegehren anstießen oder einen Bürgerrat organisierten. Dies war in über 300 Fällen so. In jedem einzelnen Bundesland gibt es eine Beraterin oder einen Berater. Ferner verfügen wir über spezialisierte Beraterinnen und Berater für die Themen Klimaschutz und Bürgerräte.

Landesverbände

Der Landesverband **Baden-Württemberg** hat das Stuttgarter Bündnis für Jugend und Demokratie mitgegründet, betrieb und begleitete mehrere Volksbegehren und gab in drei Landkreisen Workshops an Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren; das Thema: die Kommunalwahl.

Anlässlich der Landtagswahl startete der Landesverband **Bayern** eine Demokratie-Offensive. Das Ziel: Bessere Regeln für den landesweiten Volksentscheid. Lobbygespräche mit zahlreichen Kandidatinnen und Kandidaten, der Aufbau eines zivilgesellschaftlichen Bündnisses: damit lässt sich nach der Wahl weiterarbeiten.

Gute Nachrichten aus **Berlin**: Nach einer erfolgreichen Volksinitiative beschließt der Senat die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre.

Der Landesverband **Hamburg** setzte sich 2023 besonders für ein Lobbyregister und Bürgerräte ein.

In **Hessen** wurde ein neuer Landtag gewählt. Mehr Demokratie begleitete den Wahlkampf mit der Kampagne „Mehr Beteiligung, mehr Verantwortung, mehr Demokratie für Hessen“. Wir organisierten eine Reihe Veranstaltungen.

In **Mecklenburg-Vorpommern** riefen wir eine neue Initiative ins Leben - zusammen mit anderen Organisationen. Wir wollen der Landesregierung Druck machen: Sie hatte mehr Transparenz und die Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes versprochen. Doch es geschah wenig.

In **Niedersachsen** gab es eine Veranstaltungsreihe zu direkter Demokratie, Bürgerbeteiligung und Klimaschutz. Sie war gut besucht und wurde als inspirierend empfunden. In **Bremen** intervenierte in der wieder aufkeimenden Wahlrechtsdebatte und arbeitete im Bündnis u.a. mit Transparency International an einem landesweiten Lobbyregistergesetz.

Auch vor Ort sind wir aktiv. So organisierte der Landesverband **Nordrhein-Westfalen** ein Demokratie-Festival und ein Jugendcamp. Eine große Resonanz der Medien erhielt der Koalitionstracker: Was hat Schwarz-Grün versprochen, was erreicht?

Der Landesverband **Rheinland-Pfalz** nahm am Rheinland-Pfalz-Tag in Bad Ems teil. Highlight: Wir konnten mit Landtagspräsident Henrik Hering sprechen und wurden von ihm in die Landeshauptstadt Mainz zum Gedankenaustausch eingeladen.

In **Sachsen** übergab der Landesverband 5.555 Unterschriften an Ministerpräsident Kretschmer: Die direkte Demokratie soll per Verfassungsreform gestärkt werden. Zeitweilig wurde tatsächlich über eine Verfassungsänderung debattiert, die die direkte Demokratie erleichtert. Doch es sollte anders kommen ...

Einen erfolgreichen Abwehrkampf führten wir in **Schleswig-Holstein**: Unsere Volksinitiative „Rettet den Bürgerentscheid!“ öffnete den Weg für einen Kompromiss. Die schwarz-grünen Regierungsfraktionen nahmen im Mai 2024 viele beschlossene Maßnahmen zurück. Über 27.000 Menschen unterstützten uns mit ihrer Unterschrift.

Das Highlight in **Thüringen** war unser Sommerfest, bei dem auch Ministerpräsident Bodo Ramelow mitfeierte.

2023 feierten wir unseren 35. Geburtstag!



hier herunterladen und lesen



Ihre Mitgliedschaft sichert unsere Unabhängigkeit!



Ja, ich werde Mitglied bei Mehr Demokratie e.V.

Ich zahle einen jährlichen Beitrag von _____ EUR
(Einzelbeitrag 78 EUR, ermäßigt 30 EUR)

Vorname, Nachname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Geburtsdatum

E-Mail

Telefon

Ja, ich erteile ein SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige Mehr Demokratie e.V. bis auf Widerruf, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von Mehr Demokratie e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Das SEPA-Lastschriftmandat gilt für wiederkehrende und einmalige Zahlungen. Für die Vorabinformation über den ersten Zahlungseinzug und die Übermittlung der Mandatsreferenznummer wird eine Frist von mindestens fünf Kalendertagen vor Fälligkeit vereinbart.

Anschrift: Mehr Demokratie e.V., Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Gläubiger-ID: DE26ZZZ00000033645
Mandatsreferenznummer: wird separat mitgeteilt

Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar. Als Mitglied erhalten Sie vierteljährlich kostenlos unsere Mitgliederzeitschrift.

IBAN

Bank

Ort, Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie die Antwortkarte im Umschlag und ausreichend frankiert an Mehr Demokratie e.V. Tempelhof 3, 74594 Kreßberg oder als Scan per E-Mail an mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Datenschutzrechtliche Unterrichtung laut Art. 13 Abs. 1 und Abs. 2 DS-GVO

Verantwortlicher ist Mehr Demokratie e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin. Datenschutzbeauftragte: Ramona Pump, datenschutz@mehr-demokratie.de

Wir weisen gemäß Art. 13 Abs. 1 und Abs. 2 DS-GVO darauf hin, dass zum Zweck der Mitgliederverwaltung- und betreuung folgende Daten der Mitglieder automatisiert verarbeitet werden: Namen, Anschrift, Telefonnummer, Geburtsdaten, Zahlungsdaten, Bankverbindung, E-Mail. Bei Einwilligung zur E-Mail nehmen wir Sie in den Newsletter auf. Rechtsgrundlage der Speicherung und Verarbeitung Ihrer Daten ist Ihre Einwilligung. Eine Weitergabe der Daten an Dritte findet nur statt, wenn wir mit einem Versanddienstleister oder Telefondienstleister zusammenarbeiten, der direkt nach Zweckerfüllung zur Löschung der Daten verpflichtet ist. Ihre Daten speichern wir nur über die Dauer der Zweckerfüllung bzw. nach gesetzlicher Vorgabe. Sie haben ein Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und das Recht auf Widerspruch. Ein Widerruf der Einwilligung ist jederzeit formlos möglich, z.B. per Anruf oder Mail (030-42082370, info@mehr-demokratie.de). Sie haben das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, sollten Sie den Eindruck haben, Ihre Daten werden unrechtmäßig genutzt.